

# Informationsdienst für Aussiedler und Vertriebene

Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

Nr. 91 | 2. Juli 2018

## Erinnern und Zukunft gestalten bleibt unser Auftrag

Liebe Leserinnen und Leser,

mit der vorliegenden Ausgabe unseres traditionellen Informationsdienstes für Aussiedler und Vertriebene möchte ich mich bei Ihnen als neuer Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten unserer Fraktion vorstellen. Da mein Vorgänger Klaus Brähmig bei der Bundestagswahl am 24. September 2017 nicht wieder in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, war ich gerne bereit, diese wichtige Funktion zu übernehmen und mich künftig den Themenlagen zu widmen, die für den historischen deutschen Osten von Bedeutung sind. Als Wahlkreisabgeordneter aus Lüneburg in Niedersachsen verbindet mich mit Klaus Brähmig, dass ich familiär über keinen Vertriebenenhintergrund verfüge, aber der Bedeutung der bis heute relevanten Themenlagen rund um den historischen deutschen Osten, die Flucht und Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat, der besonderen Geschichte und Gegenwart der Aussiedler und Spätaussiedler und der Verantwortung Deutschlands für die deutschen Minderheiten in den Staaten Mittelost- und Südosteuropas einen hohen Stellenwert beimesse. Sie sind von großer nationaler Bedeutung für Deutschland und zugleich wichtiges Bindeglied eines vereinigten Europas. Bislang war ich als Stellvertretender Vorsitzender unserer Gruppe insbesondere über das in Lüneburg ansässige Ostpreußische Landesmuseum mit den Themen betraut. Und so erfüllt es mich mit großer Erwartung, auch die anderen Herkunftsregionen, ihre Landsmannschaften, das damit verbundene kulturelle Erbe und die entsprechenden Handlungsnotwendigkeiten kennenzulernen und auf politischem Wege zu begleiten.

Der zwischen CDU/CSU und SPD ausgehandelte Koalitionsvertrag bietet für die Themenlagen unserer Gruppe ein tragfähiges Fundament für unsere künftige Arbeit. Im Bereich der Sozialpolitik ist dabei allerdings klar, dass beim Thema Altersarmut bei Spätaussiedlern weitergehende Lösungen notwendig sind, für deren Umsetzung ich mich gerne engagieren werde. Der durch die Institutionen der deutschen

Heimatvertriebenen betriebenen Kulturpolitik müssen wir wieder einen größeren Stellenwert und Handlungsmöglichkeiten einräumen. Sie sind bis heute die Hauptleidtragenden rot-grüner Kulturpolitik vom Beginn dieses Jahrtausends. Dass dabei auch strukturell neue und zukunftsweisende Wege beschritten werden müssen, ist auch unter den dort handelnden Akteuren unstrittig. Wir als Gruppe in der Unionsfraktion werden aktive Unterstützer einer deutlichen Verbesserung in diesem Bereich bleiben, der für die Identitäts- und Kulturpflege von großer Bedeutung ist.



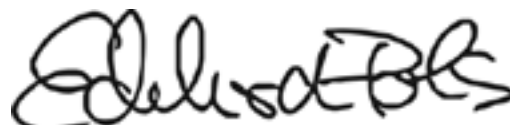
Foto: BY-SA

**Eckhard Pols**  
Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

Damit verbunden – als zweite Seite ein und derselben Medaille – ist unser fortgesetztes Bekenntnis für die Zukunft der deutschen Minderheiten. Ob bei der Zukunftssicherung der Begegnungszentren in den Herkunftsgebieten, sozialen Fragen oder nicht zuletzt der Sicherung und dem Ausbau muttersprachlich deutscher Bildungseinrichtungen sind wichtige Aufgaben zu meistern. Viele Mitglieder der deutschen Minderheit blicken mit einem besonderen Maß an Vertrauen auf die politisch Handelnden in den Unionsparteien von CDU und CSU. Dieses gilt es zu erfüllen.

Zugleich möchte ich mich bei all denjenigen sehr herzlich bedanken, die mir für die Übernahme meiner neuen Aufgaben in der Fraktion viel Erfolg und alles Gute gewünscht haben. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit zum Wohle der uns allen am Herzen liegenden Aufgaben.

Mit freundlichen Grüßen und besten Wünschen



## Inhalt

Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten wählt Eckhard Pols zum neuen Vorsitzenden	2
Anerkennungsleistung an ehemalige deutsche Zwangsarbeiter ist ein großer Erfolg	3
Vertriebenenpolitik hat für die Union weiterhin hohen Stellenwert	3
Großer Gewinn für die Darstellung der Geschichte Ostpreußens	4
Sicherung der Kirchburgen Siebenbürgens im Fokus	6
Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung	7
Gruppe im Dialog mit der deutschen Minderheit in Polen	14
Fraktionsvorsitzender Volker Kauder im Dialog mit der Gruppe	15
Heinrich Zertik zu Gast in der Gruppe	15
Parlaments-Abgeordneter Ovidiu Gant zu Besuch in Berlin	16
Klaus Brähmig als Vorsitzender der Gruppe verabschiedet	17
Botschafter Emil Hurezeanu im Gespräch mit der Gruppe	18
Dialog mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland	19
Eckhard Pols zu Besuch in Ellingen, München und Königswinter	21
Egon Primas neuer OMV-Bundesvorsitzender	28

## Impressum

Herausgeber  
Michael Grosse-Brömer MdB  
Max Straubinger MdB

Eckhard Pols MdB  
Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Alexander Vollmert  
Sekretariat: Ines Roehm  
T 030-227-55364  
F 030-227-56154

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

# Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten wählt Eckhard Pols zum neuen Vorsitzenden



Foto: Steven Rößler

v.l.: Marian Wendt, Stephan Mayer, Klaus-Peter Schulze, Arnold Vaatz, Hans-Georg von der Marwitz, Eckhard Pols, Silke Launert, Klaus Brähmig, Maik Beermann, Elisabeth Motschmann, Stephan Harbarth, Philipp Amthor

Die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat in ihrer konstituierenden Sitzung den niedersächsischen Abgeordneten Eckhard Pols zum neuen Vorsitzenden gewählt. Zur Arbeit der Gruppe erklärt der frisch gewählte Vorsitzende:

„Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag hat in der 19. Wahlperiode wieder eine Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten eingerichtet. Sie wird dafür Sorge tragen, dass die Anliegen der für die Unionsparteien nach wie vor wichtigen Bevölkerungsgruppen der Heimatvertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten auch im neuen Deutschen Bundestag vertreten werden. In den anstehenden Koalitionsverhandlungen wird sie sich dafür einsetzen, Nachteile deutscher Spätaussiedler in der Rentenversicherung, die sich durch Änderungen des Rentenrechts ergeben haben, zu beseitigen. Außerdem wird sie die deutschen Heimatvertriebenen und Aussiedler weiterhin dabei unterstützen, ihr vielfältiges kulturelles und geistiges Erbe zu bewahren sowie ihr Brauchtum lebendig zu halten.“

Die Mitglieder der Gruppe dankten im Rahmen der Sitzung dem aus dem Deutschen Bundestag ausscheidenden bisherigen Vorsitzenden Klaus Brähmig herzlich für seine erfolgreiche Arbeit in der 17. und 18. Wahlperiode.“

Hintergrund:

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat seit 1949 als einzige Fraktion im deutschen Parlament eine soziologische Gruppe eingerichtet, die sich für die Aussöhnung der Deutschen mit ihrer Vergangenheit und ihren östlichen Nachbarn einsetzt.

Damit erkennt die CDU/CSU-Fraktion weiterhin das Kriegsfolgeschicksal an, aus dem sich eine Einheit aus Vertriebenen, Aussiedlern und deutschen Minderheiten ergibt und verstärkt den dahinter stehenden Solidaritätsgedanken.

# Anerkennungsleistung an ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter ist ein großer Erfolg

**Bis zum 31.12.2017 wurden über 46.000 Anträge gestellt**



Foto: BY-SA

Eckhard Pols

Am 31. Dezember 2017 endete die Frist zur Antragstellung für die Anerkennungsleistung an ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter.

Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eckhard Pols:

„Die Anerkennungsleistung an ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter ist ein großer Erfolg. Bis zum 31. Dezember 2017 haben 46.336 Perso-

nen einen Antrag auf Gewährung der einmaligen symbolischen Leistung in Höhe von 2.500 Euro gestellt. Mit über 24.000 Anträgen ist die ehemalige Sowjetunion das am stärksten vertretene Herkunftsgebiet der Antragsteller gefolgt von Rumänien mit über 4.000 Anträgen und den ehemaligen deutschen Ostgebieten inklusive Polen mit rund 1.900 gestellten Anträgen. Über 90 Prozent der Antragsteller sind über 80 Jahre alt. Zwei Drittel der Antragsteller sind weiblichen Geschlechts. Die hohe Zahl der Anträge zeigt, wie richtig und wichtig die Entscheidung des Haushaltsausschusses des Deutschen Bundestages im Jahre 2015 war, 50 Millionen Euro für die symbolische Anerkennungsleistung bereitzustellen. Sie kann das erlittene

Unrecht zwar nicht wiedergutmachen, aber soll auf symbolische Weise verdeutlichen, dass der Staat das schwere individuelle Schicksal der heute hoch betagten Betroffenen sieht und würdigt.

Aufgrund des Antragsaufkommens und des hohen Grades an positiven Bescheiden ist absehbar, dass die heute zur Verfügung stehenden Finanzmittel nicht ausreichen werden. Es muss daher sichergestellt werden, dass alle Anspruchsberechtigten ihre symbolische Anerkennungsleistung erhalten. Die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen.“

## Vertriebenenpolitik hat für die Union weiterhin hohen Stellenwert

**Wichtige Personalentscheidungen begrüßt**

Am 5. März 2018 wurde der Erste Stellvertretende Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Stephan Mayer, zum neuen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium des Innern berufen und Bernd Fabritius zum neuen Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ernannt. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Eckhard Pols:

„Die Berufung von Stephan Mayer zum neuen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesministerium des Innern und die Ernennung unseres früheren Bundestagskollegen Bernd

Fabritius zum neuen Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten sind richtige und wichtige Entscheidungen. Beide Personalien machen deutlich, welchen großen Stellenwert die neue unionsgeführte Bundesregierung den Interessen der deutschen Heimatvertriebenen, der Aussiedler und Spätaussiedler und nicht zuletzt der deutschen Minderheiten in den Staaten Mittelost- und Südosteuropas weiterhin beimisst.

Beide Persönlichkeiten haben sich auch in ihren gesellschaftlichen Funktionen als Präsident und Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen seit Jahren um die Interessen dieser für CDU und CSU bedeutenden Personengruppen verdient gemacht. Ihre Berufung auf wichtige Positionen in der neuen Bundesregierung unter-

mauert das fortdauernde Bekenntnis der Unionsparteien für die Interessen dieser Gruppen.

Auch der Koalitionsvertrag macht wichtige Aussagen zur politischen Ausgestaltung der entsprechenden Themenbereiche. Umso mehr freue ich mich auf eine enge, vertrauensvolle und freundschaftliche Zusammenarbeit mit Stephan Mayer und Bernd Fabritius. Die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag wird sich mit Nachdruck dafür einsetzen, dass sowohl das Themenfeld der Vertriebenenpolitik als auch die politischen Interessen der Aussiedler, Spätaussiedler und deutschen Minderheiten den ihnen gebührenden Stellenwert erhalten.“

## Deutsch-Österreichische Beziehungen gestärkt

### Langjähriger Gruppen-Vorsitzender Klaus Brähmig ausgezeichnet



Foto: privat

Botschafter Peter Huber und Klaus Brähmig

Dem langjährigen Vorsitzenden der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Klaus Brähmig, wurde vom Bundespräsidenten der Republik Österreich, Alexander von der Belen, das Große Goldene Ehrenzeichen für Verdienste um die Republik Österreich verliehen. Die

an den langjährigen Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden der Deutsch-Österreichischen Parlamentariergruppe verliehene Auszeichnung ist der Dank für ein jahrelanges Engagement um die Vertiefung der Beziehungen zwischen beiden Staaten. Neben den Bereichen Kultur, Verkehr und Tourismus waren immer auch die Anliegen der Heimatvertriebenen und europäische Fragen Themen, bei denen es Brähmig darum ging, Übereinstimmungen und Respekt für die Positionen der anderen Seite zu entwickeln.

## Großer Gewinn für die Darstellung der Geschichte Ostpreußens

### Nach dem Bund gibt auch Niedersachsen die Mittel zur Erweiterung des Ostpreußischen Landesmuseums frei



Foto: BY-SA

Eckhard Pols

Das Land Niedersachsen hat am 7. März 2018, bekanntgegeben, dass es seinen Anteil der Kosten für die Erweiterung des Ostpreußischen

Landesmuseums in Lüneburg bereitgestellt hat. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Eckhard Pols:

„Mit der heutigen Entscheidung des Landes Niedersachsen, den Landesanteil zur baulichen Erweiterung des Ostpreußischen Landesmuseums in

Lüneburg bereitzustellen, kann diese für unser Land bedeutende Kulturinstitution maßgeblich weiterentwickelt werden. Das Ziel der geplanten Ausbaumaßnahme ist es, die aus dem früheren „Museum Stadt Königsberg“ in Duisburg stammenden wertvollen Bestände zur ostpreußischen Provinzhauptstadt Königsberg sowie zu Immanuel Kant und Käthe Kollwitz einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren und in die Geschichte Ostpreußens einzubetten. Auch kann auf der neu gewonnenen Ausstellungsfläche an den Widerstand des 20. Juli 1944 in Ostpreußen erinnert werden.

Auf langjährige Initiative der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/

CSU-Bundestagsfraktion hat der Haushaltsausschuss bereits im Bundeshaushalt 2017 den Bundesanteil an den Baukosten in Höhe von 5,6 Millionen Euro (70 Prozent) bereitgestellt. Dafür gilt dem Berichterstatter der Unionsfraktion, Rüdiger Kruse, unser herzlicher Dank. Mit dem nun freigegebenen Landesanteil Niedersachsens in Höhe von 2,4 Millionen Euro kann die Aufwertung des Ostpreußischen Landesmuseums in Lüneburg Realität werden. Das Ziel aller Beteiligten muss es nun sein, die Eröffnung des Erweiterungsbaus bis spätestens zum 300. Geburtstag Immanuel Kants am 22. April 2024 zu realisieren.“



## Ackermann-Gemeinde im Gespräch mit der Gruppe Daniel Herman und Matthias Dörr treffen Eckhard Pols



Foto: Die Ackermann-Gemeinde

v.l.: Matthias Dörr, Daniel Herman, Eckhard Pols

Zu einem Gedankenaustausch mit dem früheren Minister für Kultur der Tschechischen Republik, Daniel Herman, und dem Geschäftsführer der Ackermann-Gemeinde, Matthias Dörr, traf Eckhard Pols in Berlin zusammen. Für den neuen Vorsitzenden der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten

war dies das erste Kennenlernen in neuer Funktion.

Neben einer Vorstellung der Ackermann-Gemeinde war es ihm ein besonderes Anliegen, Daniel Herman für seine Rolle im Prozess der deutsch-tschechischen Aussöhnung zu danken. Dabei erinnerte Pols an den bewegenden Auftritt Minister Hermans auf dem

Sudetendeutschen Tag 2016. Es war dies das erste Mal, dass ein Mitglied der tschechischen Regierung offiziell beim alljährlichen Treffen der Sudetendeutschen Landsmannschaft zugegen war. In seiner Rede hatte er in Nürnberg von der Vertreibung als einem "menschenverachtenden Verbre-

chen" gesprochen und in sehr persönlichen Worten seine Kindheit und Jugend im südböhmischen Budweis und im Böhmerwald skizziert – Gegenden, die durch die Sudetendeutschen stark geprägt sind. „Die vertrockneten Äste in den verlassenem Gärten zeichneten Fragezeichen in den Himmel“, so Herman im Jahre 2016. Trotz der Angst vor Verfolgung durch die Kommunisten habe er das Gespräch mit Vertriebenen und Westdeutschen gesucht, um zu verstehen, was warum geschehen sei, und wie Versöhnung möglich sei.

Eckhard Pols sicherte eine weiterhin enge Zusammenarbeit und einen Einsatz für die deutsche Minderheit in der Tschechischen Republik wie in anderen Ländern Mittelost- und Südosteuropas zu.

## Flucht und Vertreibung der Deutschen im öffentlichen Bewusstsein halten

### Bundesweiter Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung findet zum vierten Mal statt



Foto: BY:SA

Eckhard Pols

Am 20. Juni 2018 fand der bundesweite Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung zum vierten Mal statt. Dazu erklärt der

Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Eckhard Pols:

„Seit 2015 gedenken wir mit dem bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung in be-

sonderer Weise auch an das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, die am Ende des Zweiten Weltkriegs und danach ihre Heimat verloren. Dass dieses Gedenken am heutigen ‚Weltflüchtlingstag‘ der Vereinten Nationen stattfindet, verbindet dieses Gedenken mit den großen Fluchtbewegungen der Gegenwart und stellt zugleich eine eindeutige Absage an den Vorwurf der Kollektivschuld der Deutschen an ihrer Vertreibung dar. Das erlittene Schicksal ist und bleibt Unrecht.

Zugleich macht das heutige Gedenken an die Flucht und Vertreibung der Deutschen deutlich, wie bedeutsam

die Bewahrung der Erinnerung an den historischen deutschen Osten ist. Diese ist für das nationale Selbstverständnis Deutschlands und zugleich für die zukunftsweisende Kooperation mit den europäischen Nachbarn von größter Bedeutung. Die deutschen Heimatvertriebenen unterstützen dieses völkerverbindende Wirken genau wie die in der alten Heimat verbliebenen Mitglieder der deutschen Minderheiten.

Die CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag wird sich daher auch in Zukunft für die Stärkung dieses Themenfeldes einsetzen.“

# Haushaltsausschuss stärkt Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

## Sicherung der Kirchenburgen Siebenbürgens im Fokus



Foto: BY-SA

Eckhard Pols

Mit der Bereinigungssitzung zum Bundeshaushalt 2018 am 27. Juni 2018 wurde die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa erneut gestärkt. Dazu erklärt der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Eckhard Pols:

„Die Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa erfährt im Rahmen des Bundeshaushalts 2018 eine erneute Aufwertung. Ihre große nationale wie europäische Bedeutung wird damit eindrucksvoll unterstrichen.“

In diesem Jahr ist es uns insbesondere gelungen, das reiche deutsche Kulturerbe im rumänischen Siebenbürgen langfristig zu sichern. So wird sich Deutschland in den kommenden Jahren mit insgesamt 1,1 Millionen Euro an der Sicherung und Sanierung der Kirchenburgen Siebenbürgens beteiligen. Angesichts des teilweise kritischen Bauzustands dieser histori-

schen Zeugnisse der Baukultur und des daraus resultierenden akuten Handlungsbedarfs sind diese Gelder sinnvoll eingesetzt. Dies ist ein großer politischer Erfolg für die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten, deren besonderer Dank den Haushaltspolitikern der Union, vor allem der Berichterstatterin im Haushaltsausschuss, Patricia Lips MdB, gilt.

Die CDU/CSU-Fraktion hat sich in der Vergangenheit und wird sich auch künftig mit Nachdruck für die Stärkung dieses Kulturbereichs einsetzen, der für unser nationales Selbstverständnis von größter Bedeutung ist.“

# Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung

## Begrüßung durch Horst Seehofer, Bundesminister des Innern

Foto: Markus Patzke/BdV



Der Bundesminister des Innern, Horst Seehofer, bei seiner Ansprache im "Schlüterhof" des Deutschen Historischen Museums

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, sehr geehrter Herr Bundesratspräsident, sehr geehrter Herr Weihbischof, sehr geehrter Herr Präsident des Bundes der Vertriebenen, sehr geehrter Herr Arunagirinathan, Exzellenzen, liebe Kolleginnen und Kollegen aus dem Deutschen Bundestag und den Landtagen, meine sehr verehrten Damen und Herren,

"Gedenktage sind Denkmäler in der Zeit."

So sagt es die Kulturwissenschaftlerin Alida Assmann, die in diesem Jahr [zusammen mit ihrem Ehemann] den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhalten wird.

Die Bedeutung eines Gedenktages zeigt sich deswegen in der Zeit und mit der Zeit – an den Tagen selbst. Gedenktage brauchen Pflege durch Menschen – und das jedes Jahr von neuem:

Heute und hier haben viele Menschen diesen Gedenktag vorbereitet und geplant. Es wurden Musik und Blumen ausgewählt. Viele von Ihnen haben eine Reise auf sich genommen, um heute hier zu sein. Die Redner haben über ihre Rede nachgedacht – die Musiker haben die Lieder geprobt, die wir heute hören.

Das mögen für sich genommen Kleinigkeiten sein. Im Großen sind aber all diese Vorbereitungen bereits ein erster Teil des Gedenkens selbst – ein Teil von dem, was dem Gedenktag seine Bedeutung verleiht.

Beginnen möchte ich deswegen mit einem Dank an alle, die heute an dieser Gedenkstunde beteiligt sind – von den Helferinnen und Helfern

bis hin zu Ihnen, den Gästen – vorneweg natürlich der verehrten Frau Bundeskanzlerin. Sie alle machen diesen Gedenktag zu dem, was er ist.

Sie machen diesen Gedenktag besonders – ich danke Ihnen ganz herzlich dafür!

Meine Damen und Herren, heute genau vor 70 Jahren war der Stichtag der Währungsreform, der 20. Juni 1948. Es war der Tag, der für die Menschen in einer jungen Bundesrepublik die wirtschaftliche Wende der Nachkriegszeit symbolisierte.

Christian Krockow schrieb dazu: "Die eigentlichen Verlierer an diesem Tag waren die Vertriebenen: Sie verfügten über keinerlei Sachwerte. Sie waren keine Gutsbesitzer oder Fabrikanten – keine Großbauern oder Handwerksmeister. Sie stammten meist aus wenig aussichtsreichen Verhältnissen."

Verletzt, vom Hunger gezeichnet und traumatisiert gelangten sie in ein zerstörtes Land. Dort wurden sie häufig als Fremde und Konkurrenten um Obdach

und die knappen Lebensmittel empfinden.

Und so sehr der 20. Juni 1948 kein Tag der Besserung, sondern eher ein Tag der Verschlechterung für die Vertriebenen war, so markiert er dennoch auch den Anfang ihres Aufstiegs.

Krockow weiter: "Die Vertriebenen erwiesen sich in der Folge wie kaum eine andere Gruppe als leistungsbereit und leistungsstark. Sie suchten ihre Chancen dort, wo sie sich boten – waren bereit, mit harter Arbeit ihrem vermeintlich vorbestimmten Leben in Armut entkommen.

---

### "Vertriebene waren Verlierer"

---

Es schien, als habe der Schock der Vertreibung ungeahnte Kräfte freigesetzt, die – zumindest in der Generationenfolge – den sozialen und gesellschaftlichen Aufstieg bewirkten."

Das westdeutsche Wirtschaftswunder, das für unser Selbstverständnis und den Lauf der Geschichte unseres Landes eine so wichtige Rolle spielt – es wäre ohne den Einsatz der Vertriebenen nicht möglich gewesen.



Teilnehmer beim Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung

Foto: Hans-Christian Plambeck/Bundesregierung

Foto: Markus Pazke/BdV



Die Musiker des Projektes "Bridges" - einem Musikprojekt von und für geflüchtete Musiker

Ihr Fleiß und ihre Arbeit war ein wichtiger Bestandteil der Erfolgsgeschichte des „Made in Germany“.

---

## *"ohne die Leistungen der Vertriebenen"*

---

Ohne die Leistungen der Vertriebenen wären wir nicht das starke und selbstbewusste Land, das wir heute sind.

nander zu vergleichen. Aber die Lehren daraus sind ähnlich – nämlich dass Frieden kostbar ist. Dass Humanität am Anfang unseres Denkens stehen muss. Und dass wir unsere Orte der Vertrautheit nicht erst als Heimat erkennen und bewahren sollten, wenn sie verloren sind.

Meine Damen und Herren, jeder fünfte Deutsche hat Vorfahren aus Pommern, Schlesien, Ostpreußen oder der Bukowina.

Wer das Schicksal der Vertriebenen kennt, der kann auch nachempfinden, was viele Flüchtlinge unserer Tage erlebt haben und leidvoll erfahren.

Beide Gruppen sind nur schwer mitei-

Das Schicksal der Vertriebenen, an die der heutige Gedenktag vor allem erinnert, gehört damit zur Geschichte vieler Familien in unserem Land.

---

## *"wären wir nicht das starke und selbstbewusste Land"*

---

Beim Erinnern an sie und ihre Geschichte erkennen wir,

was uns wichtig war, was uns wichtig ist und was es heute wert ist, bewahrt und beschützt zu werden.

In diesem Erinnern erkennen wir unser Land. Das ist für mich der tiefere Sinn des heutigen Gedenktages.

Gut, dass wir ihn haben.

Ich heiße Sie herzlich willkommen!



## Grußwort von Weihbischof em. Dr. h. c. Gerhard Pieschl, Bistum Limburg

Foto: Markus Patzke/BdV



Weihbischof em. Dr. h. c. Gerhard Pieschl spricht beim Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung in Berlin

Gut, dass wir diesen Gedenktag haben, Frau Bundeskanzlerin, Herr Bundesinnenminister, Exzellenzen, verehrte Damen und Herren. Mein Grußwort an diesem Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung muss an Vergangenes erinnern, dass das bis in die Gegenwart wirkt und auch unsere Zukunft prägt.

Ich bin am 23. Januar 1934 in Mährisch Trübau als tschechoslowakischer Staatsbürger deutscher Volkszugehörigkeit geboren. Mein Vater war damals tschechischer Soldat in Ungarisch Hradisch und bekam erst Heimaturlaub, nachdem die Polizei in meinem Heimatstädtchen sich erkundigt hatte, ob ich überhaupt da war. Das war mein erster Kontakt mit der tschechischen Staatsmacht. Ob dieser Beamte, der mich damals als Säugling ins Auge gefasst hat, elf Jahre später derselbe war, der gerufen hat „Gerhard Pieschl ruff auf die Auto“, das weiß ich nicht. Aber mit diesem Ruf wurde ich einer von zwölf Millionen deutscher Heimatvertriebener aus Mähren, aus Böhmen, der Slowakei, aus Ungarn, Schlesien, Ostpreußen, aus den ehemaligen deutschen Ostprovinzen und Siedlungsgebieten im Mittel-, Ost- und Südosteuropa. Aber das ist nicht mein persönliches Problem, das mich allein trifft, sondern das ist ein Massenproblem, das auch bei der Einzelbetrachtung meines persönlichen Schicksals von zunächst Flucht und später Vertreibung nicht richtig gesehen werden kann.

Die Vertreibung von zwölf Millionen Menschen ist ein soziales Ereignis, das in seinen Zahlenverhältnissen und auch in der Methode der Durchführung in der bisherigen Geschichte seinesgleichen sucht. Nur eine Gesamtschau unter Berücksichtigung der sozialen und massenpsychischen Gesetzmäßigkeiten könnten uns hier ein richtiges Bild geben.

Gleich zu Beginn sage ich es. Trotz aller berechtigter Klagen und allen Versagens ist aufs Ganze gesehen die Aufnahme der vielen Millionen völlig verarmter Menschen, der Heimatvertriebenen, der Ausgebombten und der Kriegsversehrten und später auch der Menschen aus Mitteldeutschland in das zerschlagene Deutschland der Nachkriegszeit eine ungeheure sittliche, soziale, wirtschaftliche und politische Leistung unseres Volkes. Und es ist weiterhin eine staunenswerte Leistung für Einheimische und Vertriebene, dass viele Gruppen trotz Hunger und Armut und trotz der bestehenden Gegensätze bis in die Gegenwart friedlich miteinander leben. Das heißt, gleich am Anfang gesagt, eine der Wurzeln, dass dieses gelungen ist und gelingen konnte, bestand darin, dass die nach Deutschland gekommenen selber Deutsche waren, dieselbe Sprache sprachen, in ihrer religiösen Eigenart gleich waren, dass die so genannten Werte unseres Volkes nämlich Fleiß, Ausdauer, Beständigkeit, Zuverlässigkeit für sie auch da waren und miteinander Gründe dafür sind, dass dieses gelingen konnte. Denn zunächst ging es doch um das nackte Überleben, dass man Nahrung hatte, ein Dach über dem Kopf, um Arbeit und Unterkunft. Und die ersten Jahre waren schwer und viele haben sie gar nicht überlebt. Dieser Zeit folgten bald die Bemühungen um die wirtschaftliche, kulturel-

le, gesellschaftliche und auch kirchliche Eingliederung. Wirtschaftlich ging das verhältnismäßig schnell, gesellschaftlich und kirchlich langsamer. Teilweise auch zu erklären aus dem Rückkehrwillen, der ja auch noch da war, und den Heimatvertriebenen in aller Not einen Halt geboten hat. Man hat mit Recht das Flüchtlingsproblem in Deutschland eine "kommunistische Atombombe mit Zeitzündler" genannt, weil aller Voraussicht nach aus dem Elendshaufen eine Revolution hervorgehen musste. Ob man da nicht vom tragischen Glück reden kann, dass unter den Entwurzelten auch ihre Kirchen und ihre Priester und Pastoren waren. Schon zu einer Zeit, als noch niemand in der Welt etwas wissen oder gar hören wollte von den entsetzlichen Dingen, haben die Kirchen nicht nur die These von der Kollektivschuld des deutschen Volkes abgelehnt und sich von Anfang an für das Heimat- und Menschenrecht der Vertriebenen eingesetzt und viele Hilfen geleistet. Bei alledem darf man nicht vergessen, dass „die alte Heimat“ immer präsent bleibt und Ausgleich und Versöhnung mit den Vertriebenen stattfand.

Aus eigener Erfahrung ist es auch an der Zeit, das Loblied der Betroffenen zu singen, vor allem der Frauen, Mütter und Großmütter, die sich nicht dem Schmerz und dem Heimweh hingaben, und neben dem Selbsterhaltungstrieb war es in erster Linie der Familiensinn, der den Vertriebenen den Impuls gab, den Blick der Zukunft zuzuwenden und das Leben von Neuem wieder miteinander aufzubauen.

Ich bin Augenzeuge und gehöre der Erlebnisgeneration an und ich weiß nicht, wie viele es davon noch gibt. Das mit unserem Tod nicht eine biologische Lösung eintritt, wobei das dunkle in der Vergangenheit endlich vergessen wird, das ist meine Hoffnung, denn die Vertreibung ist kein Privatproblem. Es braucht noch viele solche Gedenktage.

## Ansprache von Bundeskanzlerin Angela Merkel



Foto: Markus Patzke/BdV  
Bundeskanzlerin Angela Merkel hielt die Ansprache beim dies-jährigen Gedenktag

Sehr geehrter Herr Bundesratspräsident, lieber Horst Seehofer, liebe Julia Klöckner, lieber Ministerpräsident Woidke, sehr geehrter Herr Weihbischof, sehr geehrter Herr Fabritius, Exzellenzen, liebe Kolleginnen und Kollegen des Deutschen Bundestags und der Landtage, sehr verehrte Staatsminister, sehr verehrte Staatssekretäre, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie alle ganz herzlich.

Lieber Herr Arunagirinathan, das war eben eine berührende Rede. Und ich will Ihnen sagen: Unter den vielen Eichen, Tannen und Fichten freuen wir uns über den Mangobaum mit seinen Wurzeln. Wir merken ja alle: Es sind diese persönlichen Geschichten, die verdeutlichen, dass Flucht eben nichts Abstraktes ist, dass dahinter menschliche Schicksale stehen – leider allzu oft auch solche, die nicht gut enden.

Flucht und Vertreibung sind Erfahrungen, die sowohl unsere Vergangenheit als auch unsere Gegenwart prägen. Vor vier Jahren haben wir im Bundeskabinett entschieden, den Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung einzuführen – und zwar am 20. Juni, dem Weltflüchtlingstag der Vereinten Nationen. Es war und ist uns wichtig, an diesem Tag die Stimme der deutschen Heimatvertriebenen der Kriegs- und Nachkriegszeit – so wie wir sie hier auch authentisch von Ihnen gehört haben, Herr Weihbischof – und die Stimme der Men-

schen, die heute auf der Flucht sind, gleichermaßen zu hören.

Mehr als 70 Jahre liegt der Zweite Weltkrieg nun zurück – eine Zeitdauer von zwei bis drei Generationen. Doch die Katastrophen des Krieges, des Holocaust und der Vertreibung wirken bis in die heutigen Tage nach. Das kann angesichts des Ausmaßes an

Leid, Verbrechen und Vernichtung auch nicht verwundern. Es sind auch und gerade die Erfahrungen und Lehren dieser Katastrophen, die die Grundlagen der Bundesrepublik Deutschland gelegt haben. Sie verpflichten und verändern auch das heutige Deutschland auf seinem weiteren Weg in Europa und in der Weltgemeinschaft.

Ende 2017 waren 68,5 Millionen Menschen auf der Flucht – eine schier unvorstellbare Zahl; die höchste seit dem Zweiten Weltkrieg. UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi sagte dazu völlig zu Recht: „Welchen Maßstab man auch nimmt, diese Zahl ist nicht zu akzeptieren.“ Besonders bedrückend ist, dass unter den Fliehenden ungefähr die Hälfte Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren sind. Diese Mädchen und Jungen sollten spielen, sie sollten in die Schule gehen und sich in ihrem Zuhause sicher fühlen können. Sie sollten nicht die Leiden und Ängste einer Flucht durchmachen müssen, die sie durchmachen.

Die erschreckenden Zahlen machen deutlich, dass Flucht eine zentrale globale Frage unserer Zeit ist; eine Frage, die wir in Europa lange Zeit nicht so wahrgenommen, teils auch verdrängt haben – ich habe das auch in meiner Regierungserklärung zu Beginn dieser Legislaturperiode gesagt –, und eine Frage, die uns vielleicht auch gerade deshalb jetzt vor besondere Herausforderungen stellt.

Ich möchte noch einmal betonen: Es geht nicht um ein Entweder-oder, sondern um ein Sowohl-als-auch. Deutschland steht sowohl zu seiner humanitären Verantwortung, Menschen zu schützen, die vor Krieg und Terror geflüchtet sind, als auch zu seiner Verantwortung für den Zusammenhalt in Europa. Beides gehört zusammen. Denn wie man es dreht und wendet: Migration ist eine europäische Herausforderung; im Augenblick vielleicht unsere größte Herausforderung. Es geht um den Zusammenhalt der Europäischen Union.

Wir müssen Migration steuern und ordnen. Migration muss nach klaren Regeln erfolgen. Und wir müssen festlegen – möglichst mit gemeinsamen Standards in der Europäischen Union –, wer zu uns kommen und wer bei uns bleiben darf; und wer nicht. Es liegt im tiefsten Interesse unserer Länder, Europa zusammenzuhalten. Aus ureigenem Interesse gilt es, die großen Fragen der Außen-, der Flüchtlings- und Migrationspolitik gemeinsam zu beantworten. Es wäre nicht gut, wenn das jeder zulasten des Anderen täte.

---

*"den Erfahrungsschatz der deutschen Heimatvertriebenen bewahren"*

---

Eine gemeinsame Asyl- und Migrationspolitik hat nicht nur eine innereuropäische, sondern auch eine außereuropäische Dimension. Wir müssen die Wurzeln von Flucht und illegaler Migration angehen. Das heißt, Menschen sollten sich gar nicht erst zur Flucht gezwungen sehen. Sie sollten für sich und ihre Familien in ihrer Heimat Perspektiven sehen. Daran zu arbeiten, ist eine der schwierigen, langwierigen, aber unglaublich wichtigen Aufgaben. Man muss keine pro-

phetische Gabe haben, wenn man sagt: Das wird Europa noch die nächsten Jahrzehnte beschäftigen, insbesondere mit Blick auf unseren Nachbarkontinent, den afrikanischen Kontinent.

---

## *"Erinnerungskultur zu stärken, ist wichtig"*

---

Deshalb investieren wir in die Förderung von Frieden und Stabilität ausgewählter Herkunfts- und Transitstaaten. Wir fördern Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Bildung und Beschäftigung. Und wir befassen uns – jetzt auch während unseres zweijährigen Sitzes im UN-Sicherheitsrat – mit den Fragen der Flucht und Vertreibung, die durch Klimawandel und Naturkatastrophen hervorgerufen werden.

Kaum eine Krise oder ein Konflikt kann allein mit militärischen Mitteln beseitigt werden. Humanitäre, entwicklungspolitische, wirtschaftspolitische, diplomatische, polizeiliche und manchmal auch militärische Maßnahmen müssen Hand in Hand gehen. Das ist unsere Überzeugung: Es gibt keine Entwicklung ohne Sicherheit – und keine Sicherheit ohne Entwicklung. Das gilt auch für Syrien, wo immer noch eine dramatische Situation herrscht. Viele Syrer sind in Nachbarländer geflohen. Auch dort müssen wir ihre Lage verbessern. Ich werde heute Nachmittag nach Jordanien und in den Libanon reisen – zwei Länder, die eine große Zahl von Flüchtlingen aufgenommen haben, obwohl die Situation in ihren Ländern schon sehr anspruchsvoll und fragil ist.

Glücklicherweise haben wir jetzt endlich die Bedeutung erkannt, heimatnah die Lager für Flüchtlinge und Bildungsmöglichkeiten für Kinder zu unterstützen. Viele aber haben aus purer Existenznot keinen anderen Weg gesehen, als ihr Heil in der Flucht nach Europa, auch nach Deutschland, zu suchen, selbst auf die Gefahr, dabei ums Leben zu kommen. Uns hilft zum Beispiel die EU-Türkei-Vereinbarung.

Die Türkei hat immerhin über drei Millionen Menschen aufgenommen und damit dazu beigetragen, dass nicht noch mehr Menschen auf der Ägäis ihr Leben verloren haben.

Wir verhandeln derzeit die Umsetzung der New Yorker Erklärung vom September 2016 zu einem globalen Flüchtlingsabkommen und einer globalen Vereinbarung zu sicherer, geordneter und regulärer Migration. Ziel ist es, die Erstaufnahmestaaten zu entlasten und Lösungen in Drittstaaten zu ermöglichen. Es geht immer darum, Verantwortung zu teilen. Wir wissen, dass dabei noch unendlich viel zu tun ist. Aber bei allem dürfen wir nie vergessen – und das haben Sie beide uns eben so eindrücklich geschildert –, dass es immer um Menschen geht; um Menschen, die sehr häufig unverschuldet in Not geraten sind.

---

## *"Eröffnung des Dokumentationszentrums der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung näher gekommen"*

---

Deshalb ist unser Gedenktag bewusst den Opfern von Flucht und Vertreibung gewidmet – den Opfern, denn die allermeisten Fliehenden sind Opfer. Die deutschen Heimatvertriebenen und ihre Angehörigen wissen nur allzu genau um die Tragweite dieses Begriffs. Die Heimatvertriebenen waren Opfer, die bitteres Unrecht erlitten haben. Aber wir verkennen auch nicht Ursache und Wirkung. Vertreibung und Flucht der Deutschen waren eine unmittelbare Folge des von Deutschland begonnenen Zweiten Weltkriegs und der unsäglichen Verbrechen während der nationalsozialistischen Diktatur. Doch das ändert nichts daran, dass es für Vertreibung weder eine moralische noch eine politische Rechtfertigung gab.

Die Lebensgeschichten der deutschen Heimatvertriebenen gehören zur

deutschen Geschichte, zu unserem kollektiven Gedächtnis. Erinnern und Gedenken haben mit Wahrhaftigkeit zu tun und mit der Kraft, die eigene Geschichte auch anzunehmen. Annehmen – das bedeutet auch für die jungen Generationen, das Geschehen ein Stück weit zur eigenen Erfahrung werden zu lassen, es sich dadurch zu eigen zu machen. Weihbischof Pieschl hat darauf hingewiesen: Es muss weitergetragen werden. Diese Aneignung historischer Erfahrung kann helfen, sich auch heutigen Fragen von Flucht und Vertreibung offen zuzuwenden. Auch deshalb ist es so wichtig, den Erfahrungsschatz der deutschen Heimatvertriebenen zu bewahren.

Zweifellos – das will ich ganz deutlich sagen – kann man die heutige Flucht aus Syrien oder Afghanistan aus vielerlei Gründen nicht mit der damaligen Vertreibung, etwa aus Ostpreußen oder Schlesien, gleichsetzen. Sicher nicht – aber die Fluchterlebnisse, der Heimatverlust, die Gefahren und Angstgefühle, sie ähneln sich.

Ab Herbst 1944 zogen lange Flüchtlingstrecks aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten Richtung Westen. Auch viele Deutsche, die in anderen Ländern Ost- und Südosteuropas lebten, mussten ihre Heimat verlassen. Millionen von Menschen, vor allem Frauen, Kinder und Ältere, machten sich auf den beschwerlichen Weg ins Ungewisse. Sie mussten nicht nur Wind und Wetter trotzen, sie waren auch An- und Übergriffen schutzlos ausgeliefert. Bis zu zwei Millionen Menschen sind infolge von Flucht und Vertreibung ums Leben gekommen. Und bei denen, die es in den Westen schafften, haben Hunger, Erschöpfung, Plünderung und Vergewaltigung oft lebenslange Traumata hinterlassen. Die Neuankömmlinge hatten fast alles verloren: Familie und Freunde, Arbeit und Ansehen, Haus und Heimat. Ein derartiger Verlust lässt sich nicht vergessen und kaum überwinden.

Der Dichter und Denker Johann Gottfried von Herder war der Ansicht: „Heimat ist da, wo man sich nicht erklären muss.“ Flüchtlinge und Vertriebene kommen erst einmal als Fremde;

sie müssen sich erklären. Von ihnen wird Anpassung erwartet. Auch hier von können deutsche Heimatvertriebene berichten. Es war ja nicht so, dass die Deutschen im Westen nur auf sie gewartet und sie überall mit offenen Armen empfangen hätten. In den Nachkriegsjahren fühlten sich viele schon allein durch die große Zahl der Neuankommlinge bedroht. Durch den Zuzug der Vertriebenen wuchs die Gesellschaft um knapp 20 Prozent; man muss sich das einmal vorstellen. Wohin mit all diesen Menschen? Wohnraum war in den ausgebombten Städten sowieso schon zu knapp. Viele wurden in Privathäusern, oft auch zwangsweise, einquartiert. Keine einfachen Voraussetzungen für Integration.

---

## *"eine Million Euro für Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa"*

---

In der sowjetischen Besatzungszone und später in der DDR fürchteten die Machthaber, dass Vertriebene das Verhältnis zu den sozialistischen Nachbarstaaten belasten könnten. Viele Vertriebene hatten erst nach 1989 die Möglichkeit, offen über das Erlebte zu sprechen. Hier hat der Bund der Vertriebenen mit seinen neu gegründeten Landesverbänden unglaublich wichtige Arbeit geleistet, für die ich ganz herzlich danken möchte.

Dass letztendlich in beiden Teilen Deutschlands Integration trotz aller Widrigkeiten gelang, war vor allem ein Verdienst der Vertriebenen selbst. Entwurzelt zu werden, aber in der Ferne einen Neuanfang zu wagen, mit anzupacken und Deutschland hüben wie drüben wiederaufzubauen – das ist eine persönliche, kulturelle und gesellschaftliche Leistung, die zu den großen Erfolgsgeschichten unseres ganzen Landes gehört. Und so möchte ich Johann Gottfried von Herder antworten: Auch da, wo man sich erklä-

ren muss, kann man eine neue Heimat finden.

Wer aber Flucht und Vertreibung nicht selbst durchmachen musste, kann kaum ermessen, was diese Erfahrungen bedeuten. Aber wir können versuchen, sie zu begreifen. Wir können zuhören und lernen, auch damit kein neues Leid durch Leugnung, Verdrängung und Nichtbeachtung entsteht. Auch deswegen ist es uns als Bundesregierung wichtig, Erinnerungskultur zu stärken. Deswegen bin ich auch froh, dass wir die Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung haben. Und ich bin froh, dass wir der Eröffnung des Dokumentationszentrums deutlich nähergekommen sind, auch wenn sich die Zeit hinzieht. Im letzten Jahr wurde nämlich das Konzept zur Dauerausstellung verabschiedet.

Wir wollen auch die Erinnerung an die deutsche Kultur- und Siedlungsgeschichte im östlichen Europa wachhalten. Deshalb haben wir die Fördermittel für ihre Erforschung und Vermittlung erhöht. Seit 2017 steht jährlich eine Million Euro zusätzlich zur Verfügung. Für uns steht der Gedanke von Versöhnung, Verständigung und Verstehen im Mittelpunkt. Indem wir die vor Ort lebenden deutschen Minderheiten unterstützen, schärfen wir zugleich den Blick dafür, wie viel uns in Europa miteinander verbindet.

Der Versöhnungsgedanke leitet uns auch bei der Anerkennung des individuellen Schicksals durch die Gesellschaft. Allerdings hat es sehr lange gedauert, bis wir 2016 eine Anerkennungsleistung für ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter beschlossen haben. Über 46.000 Personen, die nach dem Krieg in den ehemaligen Ostgebieten Zwangsarbeit leisten mussten, haben daraufhin einen Antrag auf Entschädigung gestellt. Ich bin froh, dass so viele dieses Angebot angenommen haben. Verantwortung tragen wir auch für die Aufnahme und Integration von Spätaussiedlern. Mehrere Tausend von ihnen kommen weiterhin jedes Jahr nach Deutschland. Seit 1950 hat die Bundesrepublik etwa fünf Millionen Aussiedler,

Spätaussiedler und Familienangehörige aufgenommen.

---

## *"Anerkennung des Schicksals für ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter"*

---

Meine Damen und Herren, Flucht und Vertreibung gehören zu unserer deutschen und europäischen Geschichte. Wir wollen die Erfahrungen der Geflüchteten, der Vertriebenen und der deutschen Minderheiten hören, ihre Kultur und ihre Erinnerung pflegen. Wir wollen daraus lernen. Denn Flucht mit all ihren Facetten und Folgen gehört auch zur deutschen und europäischen Gegenwart.

Migration und Integration sind drängende Fragen unserer Zeit. Wir brauchen konstruktive, humane und europäische Antworten. Das alles ist leichter gesagt als getan. Aber es geht um Menschenleben. Es geht um Perspektiven in den Herkunftsländern. Es geht um den Kampf gegen die menschenverachtenden Machenschaften von Schleppern und Schleusern. Es geht um die Bekämpfung von illegaler Migration. Es geht um eine geordnete und gesteuerte, legale Zuwanderung. Es geht um gelungene Integration. Und es geht um Zusammenhalt. Kurzum: Es geht um sehr viel, für das es sich lohnt, sich einzusetzen, und an das uns auch dieser Gedenktag mahnt.

Ich möchte mich bei Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit bedanken. Die Entscheidung vor vier Jahren war eine ganz wichtige. Dieser Gedenktag zeigt auch, was wir in der Vergangenheit bewältigt haben, wie Vertriebene dazu beigetragen haben, diese Bundesrepublik Deutschland zu formen, und wie wir unsere Verantwortung auch in Zukunft leben müssen.

Herzlichen Dank.



## Schlusswort des Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius

Foto: Markus Patzke/BDV



Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Bernd Fabritius, bei seinem Schlusswort im Berliner Zeughaus

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, Herr Bundesratspräsident, Herr Bundesinnenminister, hochwürdiger Herr Weihbischof, lieber Dr. Umes, Exzellenzen, liebe Landsleute, meine Damen und Herren,

ich möchte zunächst Ihnen, lieber Dr. Umes, danken für die Schilderungen Ihres Schicksals und den unglaublichen Optimismus, den Sie damit in diesen Gedenktag hineingetragen haben. Dankeschön.

Meine Damen und Herren, weit über 2 Millionen deutsche Zivilpersonen starben in den letzten Kriegsmonaten und nach Ende des Zweiten Weltkriegs allein durch Deportation, auf der Flucht vor der Roten Armee und während oder in Folge der Vertreibungen aus den Heimatgebieten.

Heute gedenken wir zuerst dieser Menschen, die nicht nur Flucht und Vertreibung ertragen mussten, sondern die dabei zu Tode kamen. Sie konnten uns ihr Martyrium nicht mehr erzählen. Sie konnten, anders als die heute noch lebenden Zeitzeugen, von denen ich einige im Publikum sehe – Sie, Herr Weihbischof, gehören dazu –, niemals an einer Gedenkstätte wie dieser teilnehmen. Darum müssen wir ihre Geschichten erzählen, auch wenn vor dem millionenfachen sinnlosen Tod Sprachlosigkeit eigentlich selbstverständlich wäre.

Im Zuge des zu Ende gehenden Zweiten Weltkrieges wurden Millionen unserer eigenen Landsleute vertrie-

ben und verjagt. Sie verloren ihre Heimat – all das, was „Heimat“ ausmacht. Es ist gut, dass wir uns seit einiger Zeit wieder mehr mit der Heimat beschäftigen. Wenn wir als Gesellschaft den Wert unserer Heimat wiedererkennen und diese Erkenntnis zunehmend zulassen, wird es vielen auch wieder leichter fallen, jener

Menschen zu gedenken, die aus der eigenen Heimat fliehen mussten oder vertrieben wurden; eine Erfahrung, die zum Glück nicht jeder in unserem Land teilt.

Heimat ist für jeden von uns nicht nur Notwendigkeit, sondern heute – zum Glück – aktuelle Realität. Auch für den einen oder anderen stattlichen Mangobaum in einem Land von Fichten, Tannen und Mischwäldern. [Bezug zum Erfahrungsbericht von Dr. Umeswaran Arunagirinathan, Red.]

Sie war es vor über 70 Jahren auch für die über zwei Millionen deutschen Todesopfer

- aus Schlesien, aus Pommern, aus Ostbrandenburg,
- aus Danzig, dem Baltikum, aus Ost- und Westpreußen,
- aus dem Sudetenland, dem Karpaten- und dem Donauraum,
- den deutsch besiedelten Gebieten Russlands und der Ukraine.

Es war im Oktober 2016, dass ich als Präsident des Bundes der Vertriebenen an der Einbettungszeremonie von 265 Opfern, die im Februar und März 1945 im Lager Kaltwasser bei Bromberg gestorben sind, teilnehmen und Worte des Gedenkens sprechen durfte. Bei diesen zivilen deutschen Kriegstoten handelte es sich um Personen, die vom sowjetischen Geheimdienst festgesetzt und im Lager interniert und dann zu Tode gebracht wurden.

Die Initiative dafür, dass diese Toten identifiziert werden konnten und

endlich ein Grab bekamen, ging vom Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge aus. Diese Massenbeisetzung in Neumark, polnisch Stare Czarnowo, hat mich tief bewegt. Noch vor nicht einmal 30 Jahren wäre es unmöglich gewesen, in Polen der Toten beider Seiten gemeinsam zu gedenken. Unter unserem gemeinsamen europäischen Dach ist es endlich möglich, grenzüberschreitend im Gedenken und in Trauer an den Gräbern der Toten zusammenzukommen. Die Würdigung der Toten darf nie wieder durch nationale Grenzen behindert werden!

Im Namen der Überlebenden und im Gedenken an die Todesopfer danke ich dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, dass er sich seit ein paar Jahren auch um die Klärung von Flüchtlings- und Vertreibungsschicksalen verdient macht. Denn detaillierte Angaben über zivile Tote fehlen fast völlig. Hinweise auf Soldatengräber oder -friedhöfe finden sich reichlich. Aber darüber, wo tote deutsche Zivilisten in den Kriegswirren und danach einfach verscharrt wurden, hat niemand Buch geführt.

---

*"Vertreibung, ethnische Säuberung sind immer Verbrechen"*

---

Im Namen der Überlebenden und im Gedenken an die Todesopfer danke ich der Bundesregierung, dass sie mit dem 20. Juni diesen lange überfälligen, notwendigen nationalen Gedenktag geschaffen hat. Es ist nun an uns allen, ihm – so auch heute – die nötige Tiefe und die aus Achtung vor dem Tod von Millionen Zivilisten erwachsende Würde zu verleihen.

Wir, meine Damen und Herren, wollen niemals vergessen, dass jede Vertreibung, jede ethnische Säuberung – gleichgültig wo, wann und warum – immer Verbrechen sind.



## Enge Zusammenarbeit auch in der Zukunft

### Gruppe im Dialog mit der deutschen Minderheit in Polen

Im Rahmen ihrer ersten Sitzung in der neuen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages konnte die Gruppe den Vorsitzenden des Verbands der deutschen Sozial-Kulturellen Gesellschaften in Polen, Bernard Gaida begrüßen. Er ist zugleich Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Minderheiten, die die Interessenvertretung aller 25 deutschen Minderheiten bündelt. Begleitet wurde er vom Vorsitzenden der Sozial-Kulturellen Gesellschaft der Deutschen im Opper Schlesien, Rafal Bartek.

Im Gespräch wurde deutlich, dass die deutsche Minderheit in Polen zur Er-



v.l.: Piotr Gaida, Rafal Bartek, Alexander Throm, Eckhard Pols, Bernard Gaida, Silke Launert, Peter Beyer, Hans-Jürgen Irmer, Eckhard Gnodtke, Axel Müller

füllung ihrer oftmals beschworenen Brückenfunktion zwischen beiden Ländern auch künftig der ideellen und materiellen Unterstützung aus Deutschland bedürfe. Insbesondere in Fragen der Sicherung der Identität und des Schulwesens für die Minderheit bestehe nach wie vor ein großer

interessiert sind, um die Herausforderungen als deutsche Volksgruppe in Polen auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten positiv zu meistern. Die Fortsetzung des langjährig etablierten Dialogs wurde vereinbart.

Bedarf. Denn im Gegensatz zu anderen nationalen Minderheiten in Polen sei der Status quo für die deutsche Minderheit nicht ausreichend.

Im Gespräch wurde deutlich, wie sehr die Vertreter der deutschen Minderheit an der Lösung von Zukunftsfragen

## Deutsche Minderheit in Rumänien im Fokus

### Ehemalige deutsche Konsulin in Hermannstadt informiert

Über viele Jahre hinweg war die Leiterin des Deutschen Konsulats Hermannstadt, Judith Urban, eine wichtige Ansprechpartnerin für die deutsche Minderheit in Siebenbürgen. Sie ist eine Kennerin der Minderheitenstrukturen in ganz Rumänien. Ihrer Einschätzung nach sei die deutsche Minderheit mit heute ca. 40.000 Mitglieder zwar von kleiner Größe, aber dafür von großer Bedeutung für die Politik und Wirtschaft in Rumänien. Diese Rolle sei anerkannt und wesentlich wichtiger als die geringe Zahl an Köpfen es vermuten ließe.

Die deutschen Minderheiten hätten zu Zeiten des Kommunismus in ganz Osteuropa gelitten. Im Gegensatz zu allen anderen Staaten des Ostblocks



v.l. Eckhard Gnodtke, Peter Beyer, Judith Urban, Eckhard Pols, Klaus Brähmig, Bernd Fabritius

habe es im Rumänien Ceausescus allerdings die Ausnahme gegeben, dass kein Verbot erfolgt sei, die deutsche Kultur und Sprache auszuleben. Das jahrhundertlang etablierte deutsche Schulwesen sei beibehalten worden. So gebe es im Banat und in Siebenbürgen bis heute Grundschulen, Gymnasien und Universitäten, in denen auf

aufstockung darstelle, sei eine wichtige ökonomische Unterstützung. Die Lehrkräfte zeigten aber vor allem große Dankbarkeit gegenüber Deutschland, dass dieses das deutsche Schulsystem in Rumänien anerkenne. Die Gruppe sagte zu, sich für die Fortsetzung dieser Finanzierung einzusetzen.

Deutsch gelehrt würde. Dort werde in sehr hoher Qualität ausgebildet.

Die Aufrechterhaltung der Deutschausbildung in Rumänien sei wichtig. Deutschland unterstütze die Vergütung der muttersprachlich deutschen Lehrer mit 1,25 Millionen Euro/Jahr. Die finanzielle Unterstützung aus Deutschland, die eine Gehalts-

## Die Bedeutung der emotionalen Ansprache

### Fraktionsvorsitzender Volker Kauder im Dialog mit Gruppe

Direkt am Beginn der 19. Wahlperiode des Deutschen Bundestags traf sich die Gruppe mit dem Vorsitzenden der Bundestagsfraktion, Volker Kauder, um mit ihm über wichtige Themen in den kommenden Jahren zu diskutieren. Dabei ging Gruppenvorsitzender Eckhard Pols auf die Bedeutung des Themas der Altersarmut für Spätaussiedler ein, betonte die

Bedeutung einer Stärkung der Vertriebenenkulturarbeit und der historischen Arbeit am historischen deutschen Osten im Allgemeinen und verwies auf die bleibende Verpflichtung Deutschlands, sich den deutschen Minderheiten in Mittelost-



Foto: privat

v. l.: Egon Primas, Georg Kippels, Peter Beyer, Eckhard Pols, Volker Kauder, Manfred Behrens, Stephan Mayer

und Südosteuropa auch weiterhin anzunehmen.

Fraktionsvorsitzender Volker Kauder betonte die Bedeutung, die entspre-

chenden Zielgruppen emotional anzusprechen und sagte seine politische Unterstützung für zusätzliche finanzielle Ressourcen für den Kulturparagrafen 96 Bundesvertriebenengesetz wie auch weiter-

gehende Anpassungen im Bereich des Fremdrentenrechts zu. Die Gruppe dankte dem Fraktionsvorsitzenden für die vertrauensvolle Zusammenarbeit.

## Heinrich Zertik zu Gast in der Gruppe

### Gedankenaustausch mit dem Netzwerk Aussiedler der CDU

Als langjähriger Bundesvorsitzender des "Netzwerks Aussiedler" in der CDU Deutschlands erstattete Heinrich Zertik der Gruppe umfangreich Bericht und betonte die Notwendigkeit für CDU und CSU, verloren gegangenes Vertrauen im Kreis der Aussiedler und Spätaussiedler für die Unionsparteien zurückzugewinnen.



Foto: privat

v.l.: Eckhard Gnoldtke, Eckhard Pols, Heinrich Zertik, Anita Schäfer, Silke Launert

Dabei widersprach Zertik der weitverbreiteten Meinung, die Deutschen aus der ehemaligen Sowjetunion seien als ein monolithischer Block zu betrachten. Vielmehr zeichneten sie sich durch die Vielfalt an Meinungen wie andere Bevölkerungsgruppen auch aus. Das Interesse an Fragen von Sicherheit und Stabilität, der Migrationskrise und Sorgen vor einer Islamisierung trie-

ben in Deutschland weite Bevölkerungskreise um. Spezifisch für die Spätaussiedler sei hingegen das Gefühl der im Fremdrentenrecht innewohnenden Ungerechtigkeit einer in den 1990er Jahren erfolgten Kürzung der Renten. Hier müsse die Union dringend gegensteuern.

land gerufen, verfügten die "Russlanddeutschen" über eine eigenständige und stolze 250-jährige Geschichte, über die in Deutschland insgesamt zu wenig bekannt sei. Sie sei gleichrangiger Teil der deutschen Geschichte und müsse in ihrer öffentlichen Wahrnehmung eine deutliche Aufwertung erfahren.

## Fortsetzung der Kontaktpflege nach Rumänien

### Parlaments-Abgeordneter Ovidiu Gant zu Besuch in Berlin

Der langjährige Abgeordnete der deutschen Minderheit im rumänischen Parlament, Ovidiu Gant, und der Landesbeauftragte der Konrad-Adenauer-Stiftung in Rumänien, Hans-Martin Sieg, statteten der Bundeshauptstadt einen Besuch ab, anlässlich dessen

auch ein Gedankenaustausch mit den Mitgliedern der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der Fraktion stattfand.

Darin dankte Abgeordneter Gant den deutschen Parlamentariern für die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit der deutschen Minderheit in Rumäni-



v.l.: Hans-Martin Sieg, Ovidiu Gant, Eckhard Pols, Georg Kippels

Foto: privat

en in der neuen Legislaturperiode und zeigte sich erfreut, dass die entsprechenden Anliegen auch Thema im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wurden. Dieses Bekenntnis sei in Rumänien als ein wichtiges und deutliches Signal wahrgenommen worden.

Insbesondere bei der Unterstützung der Lehrkräfte in den muttersprachlich deutschen Schulen in Rumänien und bei der Sicherstellung des Altenpflegewesens für die deutsche Minderheit sei aber auch künftig die Hilfe Deutschlands notwendig. Vor diesem Hintergrund werde der neue Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten dringend erwartet.

Die Gruppe sagte zu, die Interessen der deutschen Minderheit in Rumänien im parlamentarischen Rahmen auch weiterhin zu unterstützen.

## Interessengleichklang zwischen OMV und Gruppe

### Neuer Bundesvorsitzender Egon Primas im Gespräch

In seiner Funktion als Bundesvorsitzender der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU (OMV) begrüßte die Gruppe den langjährigen Thüringer Landtagsabgeordneten Egon Primas. Dieser hatte Ende des vergangenen Jahres den Bundesvorsitz der CDU-Parteiorganisation von Helmut Sauer übernommen, der fast 30 Jahre lang in dieser Funktion gewirkt hatte.

Gemeinsam begrüßte man die im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung gefundenen inhaltlichen Positionierungen im Bereich der Vertriebenenkulturpolitik und einer Fortsetzung des Engagements Deutschlands für die deutschen Minderheiten in Mittelost- und Südosteuropa. Zugleich wurde die Forderung



v.l.: Bernd Fabritius, Egon Primas, Eckhard Pols, Philipp Amthor, Peter Beyer

Foto: privat

erhoben, beim Thema Altersarmut bei Spätaussiedlern über den Koalitionsvertrag hinausgehende Lösungen umzusetzen.

Die deutschen Heimatvertriebenen, die Aussiedler und Spätaussiedler und die deutschen Minderheiten seien wichtige Akteure, um die Zukunft Europas zu gestalten. Die deutschen Vertriebenen müssten dabei in ihrer

Rolle als Brückenbauer gestärkt werden. Dieses in die Zukunft gerichtete Denken sichere die langfristige Existenzberechtigung des Themenfeldes in besonderer Weise.

Auch die weitere Umsetzung der Anerkennungsleistung für ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter wurde thematisiert. Angesichts des hohen Aufkommens an Anträgen, die bis zum Stichtag Ende 2017 beim Bundesverwaltungsamt eingegangen seien, bestand Einigkeit, sich für zusätzliche finanzielle Mittel zur abschließend erfolgreichen Abwicklung der Anerkennungsleistung einzusetzen.



## Dank für einen langjährigen Steuermann

### Klaus Brähmig als Vorsitzender der Gruppe verabschiedet

Im Rahmen einer Klausurberatung zum Arbeitsbeginn der neuen Bundesregierung konnte die Gruppe ihren langjährigen Vorsitzenden Klaus Brähmig begrüßen.

Dieser hatte das Gremium der Fraktion von 2009 bis zu seinem Ausscheiden aus dem Deutschen Bundestag bei der Bundestagswahl 2017 geleitet. Bleibende Wegmarken seines langjährigen ver-

triebenenpolitischen Engagements sind neben vielem anderen die Mitwirkung an der Gründung und Begleitung der bisherigen Entwicklung der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin, die Mitwirkung an der Neukonzeption für den Förderbereich des Paragraphen 96 des Bundesvertriebenengesetzes, die Durch-



v.l.: Eckhard Gnoddke, Peter Beyer, Eckhard Pols, Klaus Brähmig, Bernd Fabritius

Herkunftsgebieten ein besonderes Anliegen.

Insbesondere in diesem Feld sieht die Gruppe auch große Handlungsnotwendigkeiten in der nun begonnenen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, denen man sich mit voller Tatkraft widmen möchte.

setzung baulicher Erweiterungen am Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg und die finanzielle Stärkung des Museums für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold. Im Bereich der deutschen Minderheiten war ihm der Einsatz für die Pflege und die Sicherung des muttersprachlich deutschen Schulunterrichts in den

Die Gruppe dankte Klaus Brähmig für seinen langjährigen politischen Einsatz für die Interessen der deutschen Heimatvertriebenen, der Aussiedler und Spätaussiedler und deutschen Minderheiten.

## Genugtuung und Dankbarkeit sind prägende Reaktionen

### Sachstand zur Zwangsarbeiterentschädigung erhalten

Seit August 2016 ist das Bundesverwaltungsamt am Dienstsitz in Hamm mit der Betreuung und Bearbeitung der Anerkennungsleistung an ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter befasst. Hierfür hatte der Deutsche Bundestag im Bundeshaushalt 2016 einen Betrag in Höhe von 50 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Für die Einmalzahlung an Anspruchsberechtigte wurden 2.500 Euro festgelegt.

Da die Frist zur Beantragung am 31. Dezember 2017 endete, informierte das zuständige Projektteam des Bundesverwaltungsamts die Gruppe über den aktuellen Sachstand, da nach



v.l.: Rainer Hoffstedde, Peter Beyer, Ullrich Maßolle

Ende des Beantragungszeitraums Klarheit über das Gesamtaufkommen herrscht. Insgesamt wurden 46.336 Anträge gestellt, ein Aufkommen, das weit über die im Jahre 2016 prognostizierten Zahlen hinausgeht. Die größte Anzahl an Anträgen wurde von Personen der Jahrgänge 1930 - 1939 so-

wie 1920 - 1929 gestellt, und sogar über 1.000 Anträge von Personen der Jahrgänge 1910 - 1919 gingen beim Bundesverwaltungsamt ein. In den Reaktionen zeigten die Betroffenen große Genugtuung und Dankbarkeit für die Würdigung ihres schweren Schicksals durch den deutschen Staat.

Die Gruppe wird sich dafür einsetzen, dass die zur erfolgreichen Abwicklung der Anerkennungsleistung notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

## Deutsch-rumänische Beziehungen weiter stärken Botschafter Emil Hurezeanu im Gespräch mit der Gruppe

Gerade vor dem Hintergrund der Existenz und Bedeutung der deutschen Minderheit in Rumänien führte die Gruppe einen Gedankenaustausch mit dem Botschafter Rumäniens in Deutschland, Emil Hurezeanu.

Dabei untersticht Gruppenvorsitzender Eckhard Pols das Engagement, das die Bundesrepublik Deutschland für die deutsche Minderheit in Rumänien leistet: Von der Unterhaltung von Altenpflegeeinrichtungen bis hin zur Unterstützung des muttersprachlichen Deutschunterrichts im Lande, von dem insbesondere auch Kinder aus der rumänischen Mehrheitsgesellschaft profitierten. Die traditions-



v.l.: Manfred Grund, Eckhard Pols, Botschafter Emil Hurezeanu, Axel Müller, Kurt J. Rossmannith

Foto: privat

reichen Bildungseinrichtungen in diesem Bereich – vor allem in Hermannstadt, Kronstadt und Temeswar – seien Leuchttürme schulischer Bildung und ein wichtiges Bindeglied der beiderseitigen Beziehungen. Au-

ßerdem wurde auf die Bedeutung der Kirchenburgen Siebenbürgens als kulturell-landschaftsprägende bauliche Zeugen einer gemeinsamen Vergangenheit hingewiesen. Die unter der Schirmherrschaft des deutschen Bundespräsidenten und des Staatspräsidenten Rumäniens stehende Stiftung Kirchenburgen leiste vorbildliche Arbeit, die steinernen Zeugnisse deutscher Kultur für die Nachwelt zu erhalten und verdienen Unterstützung. Die Gruppe wird sich auch weiterhin für diese einsetzen.

## Traditionsreiche Bildungsstätte besucht Berlin Schüler des Lenau-Gymnasium aus Temeswar im Gespräch

Besuch aus Rumänien ist immer etwas Besonderes und erst recht, wenn es sich um Schülerinnen und Schüler des dortigen muttersprachlich deutschen Schulwesens handelt. In diesem Falle war das traditionsreiche Nikolaus-Lenau-Lyzeum in der Hauptstadt zu Gast und besuchte auf Einladung des Vorsitzenden der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der Fraktion, Eckhard Pols, den Deutschen Bundestag.



Die Schüler des traditionsreichen Lyzeums „Nikolaus Lenau“ aus Temeswar/Rumänien auf der Dachterrasse des Reichstagsgebäudes in Berlin

Foto: privat

Bevor die Schüler von der Dachterrasse den Blick über Berlin schweifen lassen konnten, fand ein Gedankenaustausch mit Mitgliedern der Gruppe statt, bei dem sich die Abgeordneten über die Arbeit der Schule sowie die Wünsche der Schülerschaft informieren konnten. Persönliche Zukunfts-

vorstellungen der Schüler kamen dabei ebenso zur Sprache wie das duale Ausbildungssystem und der Arbeitsmarkt in Deutschland.

Neben den historisch bedeutsamen muttersprachlichen deutschen Bildungseinrichtungen Samuel-von-Brukenthal in Hermannstadt und Jo-

hannes Honerus in Kronstadt ist das deutschsprachige Gymnasium Nikolaus Lenau einer der Leuchttürme in der Bildungslandschaft der deutschen Minderheit in Rumänien, das auch von zahlreichen Schülern aus der rumänischen Mehrheitsbevölkerung besucht wird. Besondere Bedeutung erhält die Qualität des Lenau-Lyzeums auch als Bildungsstätte zweiter zeitgenössischer Träger des Nobelpreises. Sowohl Herta Müller (Literatur/2009) als auch Stefan Hell (Chemie/2014) waren einstmals Schüler der im Herzen von Temeswar gelegenen Schule.



## Altersarmut bei Spätaussiedlern bleibt auf der Agenda Dialog mit der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland

Im Rahmen eines regelmäßigen Gedankenaustausches mit dem Bundesvorsitzenden der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland (LdR) konnte Eckhard Pols dem neuen Bundesvorsitzenden Johann Thießen zu seiner erst wenige Tage zuvor erfolgten Wahl in sein neues Amt gratulieren und verband die besten Wünsche mit dem Ziel einer auch künftig vertrauensvollen Zusammenarbeit.



v.l.: Adolf Braun, Eckhard Pols, Lilli Bischoff, Johann Thießen, Manfred Behrens

Foto: privat

Die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten wird sich daher auch weiterhin dafür einsetzen, zu einer entsprechend tragfähigen Lösung zu gelangen.

Auch die Erinnerung an das kulturelle Erbe der Volksgruppe war ein Thema, und es

In dem Gedankenaustausch mit der stellvertretenden Bundesvorsitzenden Lilli Bischoff und dem Sozialreferenten Adolf Braun äußerte Gruppenvorsitzender Eckhard Pols sein Bedauern darüber, dass sich das klare Bekenntnis der Unionsparteien im Regierungsprogramm, Nachteile deutscher Spätaussiedler in der Rentenversicherung zu beseitigen, nicht in die

ser Klarheit im Koalitionsvertrag der Großen Koalition wiederfinde. Es bestand Einigkeit darüber, dass eine Fondslösung für Härtefälle in der Grundsicherung kein ausreichendes Instrument sei, dem Problem der Altersarmut bei Spätaussiedlern wirksam zu begegnen.

wurde die finanzielle Förderung des Bundes für das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold begrüßt. Hier hält es die Gruppe für bedeutsam, die aktuell stattfindende Förderung zu verstetigen, um Detmold auch langfristig zu dem zentralen Standort russlanddeutscher Geschichte in Deutschland entwickeln zu können.

## Neuer Aussiedlerbeauftragter auf Antrittsbesuch Bernd Fabritius im Gedankenaustausch mit der Gruppe

Zu seinem ersten offiziellen Besuch als neuer Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten konnte die Gruppe Bernd Fabritius zu einem Gedankenaustausch begrüßen. In der 18. Legislaturperiode des Deutschen Bundestags hatte er



v.l.: Alexander Throm, Klaus-Peter Schulze, Eckhard Pols, Bernd Fabritius, Eckhard Gnodtke, Anita Schäfer, Manfred Behrens, Silke Launert

Foto: privat

der Kollektivschuld der Deutschen an ihrer Vertreibung in jedem Jahr kraftvoll widersprochen.

Auch das Thema Altersarmut bei Spätaussiedlern wurde thematisiert. Hier müssten über den Koalitionsvertrag hinausgehende Lösungen gefunden werden.

Die Stärkung der Kulturarbeit der deutschen Heimatvertriebenen war ebenfalls Gegenstand des Gesprächs. Insbesondere müssten für

zuvor den stellvertretenden Vorsitz des Fraktionsgremiums innegehabt.

Im Gespräch ging es um die Anerkennungsleistung für ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter, für die über

46.000 Personen einen Antrag gestellt hätten sowie den bundesweiten Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung. Durch die Verbindung mit dem "Weltflüchtlingstag" der Vereinten Nationen werde der Theorie

die Zukunft der Heimatsammlungen/Heimatsstuben tragfähige Lösungen entwickelt werden.

## Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte

### Museumsdirektor Ens und Kulturreferent Warkentin im Gespräch

Auf maßgebliches Betreiben der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten konnte in der vergangenen Legislaturperiode des Deutschen Bundestages erreicht werden, dass das Museum für russlanddeutsche Kulturgeschichte in Detmold erstmals Fördermittel des Bundes erhalten

konnte. Dadurch wurde der im Jahre 1996 auf privater Initiative gegründeten und sehenswerten Einrichtung die Gelegenheit zur weiteren Professionalisierung ihrer Arbeit gegeben.



v.l.: Kerstin Vieregge, Kornelius Ens, Eckhard Pols, Edwin Warkentin, Eckhard Gnodtke

Foto: privat

Mittels der ebenfalls in der vergangenen Wahlperiode durch die Gruppe begleiteten Weiterentwicklung der Konzeption des Kulturparagraphen 96 Bundesvertriebenengesetz wurde dar-

über hinaus der Weg zur Schaffung neuer Kulturreferate für die Russlanddeutschen, Oberschlesier und die Siebenbürger Sachsen geebnet.

So erstatteten Museumsdirektor Kornelius Ens und der neue Bundeskulturreferent Edwin Warkentin Bericht über die gegenwärtige und künftige Arbeit, die sich der Erforschung, Präsentation und Vermittlung russlanddeutscher Kul-

turgeschichte widmet. Die enge Kooperation mit den Landsmannschaften sowie den Minderheiten in den Herkunftsgebieten sind dabei wichtige Eckpfeiler der Arbeit.

# Neuer Vorsitzender stellt sich vor

## Eckhard Pols zu Besuch in Ellingen, München und Königswinter



Foto: privat

v.l.: Alexander Vollmert, Eckhard Pols, Wolfgang Freyberg

In seiner Funktion als neuer Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten ist es Eckhard Pols ein großes Anliegen, die Einrichtungen des Förderbereichs gemäß § 96 Bundesvertriebenengesetz kennenzulernen und

lingen (Bayern) das erste Ziel einer Rundreise, die ihn ebenfalls nach München und Königswinter führte. In Ellingen stellte Direktor Wolfgang Freyberg die umfangreichen Aktivitäten des Kulturzentrums dar, die sich nicht nur in der Prä-



Foto: privat

v.l.: Andreas Otto Weber, Eckhard Pols

sentation ostpreußischer Landes- und Kulturgeschichte erschöpfen, sondern sich insbesondere auch durch enge Kontakte in die heute zwischen Polen, Russland und Litauen geteilte Zielregion auszeichnen. Zahlreiche Ausstellungen zur Geschichte ostpreußischer Orte, die regelmäßig auch den Weg in die heute im Ausland gelegenen Gemeinden finden, zeugen von der länderübergreifenden Tätigkeit, die in Ellingen ihren Ausgang nimmt.

Posselt. Insbesondere der Freistaat Bayern, für den die Sudetendeutschen traditionell als "vierter Stamm" gelten, unterstützt und flankiert hier die Arbeit der Landsmannschaft in idealer Weise und umgekehrt. Bei einem Be-



Foto: privat

v.l.: Erhard Graeff, Eckhard Pols, Doris Roth, Bernd Fabritius

In München traf Eckhard Pols nicht nur mit dem Präsidenten



Foto: privat

v.l.: Eckhard Pols, Bernd Fabritius

Gespräche mit den Landsmannschaften der deutschen Heimatvertriebenen zu führen.

des Bundes der Vertriebenen und Präsidenten des Verbandes der Siebenbürger Sachsen, seinem ehemaligen Bundestagskollegen Bernd Fabritius, zusammen, sondern führte auch einen intensiven Gedankenaustausch mit dem Bundesvorsitzenden der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Bernd Posselt. Wie Fabritius für die Siebenbürger Sachsen von sich sehr erfolgreich entwickelnden Beziehungen nach Rumänien berichten konnte, so ergänzte sich das Bild hinsichtlich einer positiven Entwicklung des Verhältnisses zur Tschechischen Republik durch Bernd

such des Sudetendeutschen Hauses an der Münchner Hochstraße konnte sich der Besucher aus Niedersachsen aus erster Hand einen Eindruck vom Baufortschritt beim Sudetendeutschen Museum machen, dessen Rohbau inzwischen fertig gestellt ist. Nach dem Einbau der ebenfalls sehenswerten Dauerausstellung, so ist



Foto: privat

v.l.: Ortfried Kotzian, Rudolf Simhofer, Eckhard Pols



Foto: privat

v.l.: Eckhard Pols, Bernd Posselt



sich Eckhard Pols sicher, wird das Sudetendeutsche Museum nicht nur ein wahrer Anziehungspunkt für Mitglieder der Erlebnisgeneration von Flucht und Vertreibung und ihrer Nachkommen werden, sondern als Schmuckstück der Münchner Museumslandschaft interessierte Besucher aus Nah und Fern anziehen.

Einem weiteren der historischen Herkunftsgebiete der deutschen Heimatvertriebenen, Schlesien, wurde mit dem Besuch des Hauses Schlesien in Königswinter-Heisterbacherrott die Referenz erwiesen. Nicola Remig, die Leiterin des Dokumentations- und Informationszentrums im Haus Schlesien, führte den Abgeordneten Pols durch die sehenswerte Ausstellung, die

schlesische Kultur und Geschichte für heutige und künftige Generationen erhält. Vor allem auch durch Besuche von Gruppen aus Polen wird das Inte-



v.l.: Nicola Remig, Eckhard Pols

resse an Schlesien in die Herkunftsgebiete zurücktransportiert und enge deutsch-polnische Kooperationen sind die Folge.

Der Besuch der genannten Einrichtungen, die nur einen Bruchteil der reichen Landschaft an Kultureinrichtungen des § 96 Bundesvertriebenen-gesetz abdecken, machte deutlich, welch großer Schatz für unser Land in diesen Institutionen aufbewahrt, gepflegt und zukunftsweisend eingesetzt wird. Vor diesem Hintergrund ist auch eine finanzielle Stärkung des "Kulturparagraphen" ein wichtiges Ziel der Arbeit der Gruppe, in deren Verständnis die Heimatvertriebenen und Heimatverbliebenen zwei Seiten ein und derselben Medaille darstellen. Für die deutsche Nation wie auch für die Zusammenarbeit und Partnerschaft mit den europäischen Nachbarn ist das kulturelle Erbe der Deutschen im östlichen Europa von größter dauerhafter Relevanz.

---

## Die Gruppe informiert

---

# Aussiedlerbeauftragter Fabritius in Lüneburg zu Gast

## Erweiterung des Ostpreußischen Landesmuseums im Fokus



v.l.: Eckhard Pols, Joachim Mähner, Bernd Fabritius

Als Vorsitzender der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag konnte Eckhard Pols den neuen Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Bernd Fabritius, zu seinem Antrittsbesuch im Ostpreußischen Landesmuseum seiner Heimatstadt Lüneburg begrüßen. Bernd Fabritius informierte sich im Gespräch mit

für das Museum und betonte insbesondere das Engagement des langjährigen Gruppenvorsitzenden Klaus Brähmig und des damaligen Berichterstatters der Unionsfraktion im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags, Rüdiger Kruse, für die Pflege ostpreußischer Kultur. Auf diese Weise sei viel zur Stärkung der überregionalen Bedeutung des Museums erreicht worden.

Museumsdirektor Joachim Mähner, Oberbürgermeister Ulrich Mäde und Eckhard Pols über den Stand der Erweiterungen des Ostpreußischen Landesmuseums.

Eckhard Pols unterstrich das langjährige Engagement der Gruppe der Vertriebenen

Durch eine Finanzierungszusage des Bundes und des Landes Niedersachsen für einen dritten Bauabschnitt kann in den kommenden Jahren dringend benötigte Ausstellungsfläche für die Präsentation der bedeutenden Bestände des Museums zur ostpreußischen Provinzhauptstadt Königsberg, zum Philosophen Immanuel Kant und der aus Ostpreußen stammenden Künstlerin Käthe Kollwitz geschaffen werden. Auch der Widerstand des 20. Juli 1944 soll unter Bezug auf Ostpreußen seine Würdigung erfahren.

Pols unterstrich die Bedeutung, die bauliche Erweiterung bis spätestens zum 300. Geburtstag von Immanuel Kant im Jahre 2024 abzuschließen. Die Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag bleibe Partner der ostdeutschen Kultureinrichtungen.

# Sudetendeutsche Landsmannschaft, Landesgruppe Bayern dankt Horst Seehofer

## SL-Landesobmann Hörtler: „Kraftvolles und wohltuendes Lob für unsere Landsleute“

Der SL-Landesvorstand Bayern hat dem scheidenden Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer für seine besondere Wertschätzung der Sudetendeutschen Volksgruppe gedankt. „Dass er in seinem Rücktrittsschreiben als Bayerischer Ministerpräsident an vorderster Stelle die Sudetendeutschen nennt, zeigt den Stellenwert, den wir als sudetendeutsche Heimatvertriebene und Nachfahren für den Verständigungsprozess mit den tschechischen Nachbarn haben. In diesen unruhigen Zeiten kann Bayern sich auf die heimatpolitische Arbeit seines Vierten Stamms verlassen. Klar ist: Wir sind gut vorangekommen. Es gibt jedoch für ein vorurteilsfreies Miteinander im sudetendeutsch-bayerisch-tschechischen Miteinander noch Einiges zu tun, auch bei schwierigen Fragen im Kontext der Vertreibung“, betonte Landesobmann Steffen Hörtler auf der jüngsten Landesvorstandssitzung in Regensburg.

In seinem Rücktrittsschreiben an Landtagspräsidentin Barbara Stamm hatte Horst Seehofer bilanziert, Bayern hätte in seiner Amtszeit aus einem kalten Verhältnis zu Tschechien eine Ära der gegenseitigen Wertschätzung und Freundschaft gemacht. Dies werde, so Seehofer weiter, für die nachfolgenden Generationen bleiben, und er ergänzt, an den Bayerischen Landtag gerichtet: „Ich danke dem Hohen Haus und allen Sudetendeutschen für diesen gemeinsamen Weg.“

SL-Landesobmann Steffen Hörtler bezeichnete die Worte Seehofers als „kraftvolles und wohltuendes Lob für unsere Landsleute“. Schon vor der

Sudetendeutschen Museums in München.

Auch sonst sieht er gute Perspektiven.

Mit dem designierten Bayerischen Ministerpräsidenten und neuen Schirmherrn des Vierten Stamm Bayerns, Markus Söder, bestünden seit vielen Jahren enge Kontakte, betonte Hörtler. Söder war im Jahr 2015 in Nürnberg Festredner beim Festakt der SL-Landesgruppe Bayern aus Anlass 70 Jahre Vertreibung der Deutschen aus Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien. „Ich bin ehrlich: Die neue Konstellation in Bundes- und Staatsregierung weckt bei unseren Landsleuten Erwartungen“, betonte der Landesobmann der SL Bayern abschließend: „In München hoffen wir auf eine Verstärkung der bewährten Unterstützung unseres Schirmlandes. In

Berlin sitzt die Heimatpolitik jetzt quasi mit am Kabinetttisch. Neben dem neuen Bundesinnenminister aus Bayern haben wir zudem mit Stephan Mayer, dem designierten Staatssekretär, BdV-Vizepräsidenten und Mitglied unserer bayerischen SL-Landesgruppe nun einen arrivierten und in der Heimatpolitik der Sudetendeutschen ausgezeichnet vernetzten Partner im Bundesinnenministerium. Das ist für die Sudetendeutschen in Bayern und ihre Anliegen ein starkes Signal.“



Foto: Herbert Fischer / SVG

v.l.: Landesobmann Steffen Hörtler (Sudetendeutsche Landsmannschaft, Landesgruppe Bayern) mit dem Schirmherrn der Sudetendeutschen Volksgruppe, dem damaligen Bayerischen Ministerpräsidenten und heutigen Bundesinnenminister, Horst Seehofer, beim Sudetendeutschen Tag 2015

Samtenen Revolution in der Tschechoslowakei hätten diese den Dialog mit den Menschen ihrer Heimat gesucht und damit den Weg auch für gute Beziehungen auf der politischen Ebene freigemacht. „Ein historisches Verdienst, das heute mehr und mehr junge Menschen motiviert, den Weg der Großeltern und Eltern fortzuführen. Wir erleben da gerade in Bayern einen kleinen Boom“, meinte Hörtler, auch mit Blick auf volle Seminare am Heiligenhof, der sudetendeutschen Bildungsstätte, und die Eröffnung des



## Deutsche in Rumänien und Europapolitik - Themen beim Schlachteessen in Birkungen

### Primas spricht mit Rumänischem Botschafter Emil Hurezeanu und Minderheitenabgeordnetem Ovidiu Gant



Foto: OMV

Egon Primas MdL im Gespräch mit rumänischem Botschafter Emil Hurezeanu

Flüchtlinge, Egon Primas MdL, gemeinsam am traditionellen Schlachteessen am 2. März 2018 in Birkungen teil.

Auf die Art wurde das bereits seit einem Vierteljahrhundert stattfindende, von der dortigen Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU (MIT) ausgerichtete Treffen auch zu einem Forum für ak-

vielfältige grenzüberschreitende Kontakte pflegt, dem Botschafter, dem Abgeordneten und dem KAS-Büroleiter waren u.a. die Inhalte des Koalitionsvertrages und die anstehende Regierungsbildung, insbesondere im Hinblick auf die weitere Förderung der Deutschen in Rumänien sowie die derzeitige politische Lage in Rumänien.

Egon Primas freute sich über die von Ovidiu Gant ausgesprochene, herzliche Einladung zu einem Arbeitsbesuch in Hermannstadt bzw. Bukarest.

Auf Einladung des Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Manfred Grund, nahmen der rumänische Botschafter in Deutschland, Emil Hurezeanu, der Abgeordnete des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien (DFDR) im Rumänischen Parlament, Ovidiu Gant, der Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in Rumänien und Moldau, Dr. Martin Sieg, und der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und

tuelle Fragen der Europa- und der deutschen Minderheitenpolitik. Themen der Gespräche zwischen Grund, der in dieser Legislaturperiode die Berichterstattung für deutsche Minderheiten im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages übernommen hat, Primas, der auch als Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen



v.l.: Ovidiu Gant, Egon Primas und Dr. Dr. Hans Martin Sieg

Foto: OMV

# Leistung und Geschichte von Aussiedlern wertschätzen

## Antrag der Fraktion der CDU im Landtag Rheinland-Pfalz



Foto: Team baldauf4u

Christian Baldauf

In Deutschland leben rund vier Millionen sogenannte „Spätaussiedler“, die in den vergangenen Jahrzehnten aus Mittel- und Osteuropa sowie Asien ihren Weg nach Deutschland gefunden haben. Die Deutschstämmigen aus der ehemaligen Sowjetunion stellen dabei die größte Gruppe der Aussiedler. Sie sind Nachfahren von deutschen Auswanderern, die über Jahrhunderte ihre neue Heimat geprägt und vorangebracht haben. Zu einer Zeit, als auch Millionen Deutsche ihr Glück in Amerika suchten und auch dort zum Aufbau der neu gegründeten Staaten beitrugen.

Die Deutschen aus Russland haben über lange Zeit ihre Sprache, ihr religiöses Bekenntnis und ihre Bräuche bewahren können. Dies hat dazu geführt, dass sie vor allem im Zuge des Zweiten Weltkriegs und auch noch nach 1945 unter Generalverdacht gestellt und diskriminiert wurden. Diktator Stalin ließ sie zu Millionen aus ihren Siedlungsgebieten (z.B. an der Wolga) deportieren. Der Gebrauch der deutschen Sprache wurde ihnen vielfach verboten, ihre deutsche Kultur sollten sie nicht pflegen dürfen.

Gerade in den Nachkriegsjahrzehnten waren sie Repressionen und Benachteiligungen ausgesetzt, wurden von der Mehrheitsgesellschaft ausgegrenzt. Auch wenn sich viele durch Fleiß und Tüchtigkeit hochgearbeitet hatten, fühlten sie sich nicht mehr heimisch und nutzten die wachsenden Möglichkeiten zur Rückkehr nach Deutschland.

In Deutschland hat sich die große Mehrheit der Deutschen aus Mittel- und Osteuropa und Asien in wenigen Jahren integriert, Arbeitsplätze gefunden, Handwerksbetriebe und Firmen gegründet und sich auch kulturell eingebracht. In Rheinland-Pfalz hat eine große Zahl von Aussiedlern insbesondere seit 1990 eine neue Heimat gefunden. Sie haben einen wichtigen Beitrag für unsere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung geleistet. Durch ihre Zuweisung in ländlich strukturierte Regionen unseres Landes haben sie die Abwanderung aus diesen häufig strukturschwachen Regionen abgeschwächt.



Foto: Bildarchiv Sudetendeutsche

Aussiedler 1946

Im Gegensatz zu anderen Migrationsgruppen spielen die heimgekehrten Aussiedler in der öffentlichen Debatte eine untergeordnete Rolle. Dies wird jedoch ihrer Leistung und ihren Herausforderungen nicht gerecht. Denn sie haben mehr Anerkennung für ihre Aufbauleistung und auch eine stärkere Aufmerksamkeit für ihre mögliche Brückenfunktion nach Mittel- und Osteuropa und auch bis nach Asien hinein verdient – Regionen, denen zu Unrecht wenig Aufmerksamkeit geschenkt wird. Denn sie sind für unsere wirtschaftliche Entwicklung und den kulturellen Austausch von großer Bedeutung. Daher war die Begründung der Partnerschaft mit Opekn

und Mittelböhmen ein wichtiger Impuls, der weiter vertieft werden muss.

Aussiedler mussten und müssen aufgrund der Minderheitenpolitik ihrer Herkunftsländer ebenfalls in vielen Fällen die deutsche Sprache neu lernen, sich um eine Anerkennung ihrer Qualifikationen bemühen, zusätzliche Qualifikationen erwerben und auf dem Arbeitsmarkt bestehen. Dies ist in den meisten Fällen sehr gut gelungen. Der Bundesvorsitzende der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, Waldemar Eisenbraun, umschreibt diese Leistung mit dem Wortspiel, die Aussiedler seien auffällig unauffällig.

Gerade wegen ihrer erfolgreichen Integrationsleistung und wegen ihrer so bewegten Vergangenheit sollten das Erbe und die Erfahrungen der Aussiedler mehr gesellschaftliche Aufmerksamkeit und Anerkennung erfahren. Denn ihre ganz eigene Geschichte bietet einen reichen Schatz, die Zukunft zu gestalten. Ihre fortbestehenden Kontakte und ihre Mehrsprachigkeit können eine wichtige Brücke nach Osteuropa und Asien sein. Ihre Erfahrung totalitären Leids unterstreicht umso mehr den Wert unserer freiheitlichen Demokratie. Das Motiv eines erfolgreichen Neuanfangs – sowohl nach ihrer Auswanderung in den Osten wie auch nach ihrer Heimkehr nach Deutschland sind beispielgebend. Es macht Mut, die Herausforderungen der Zukunft tatkräftig zu bestehen und kraftvoll anzugehen.

Daher fordert der Landtag die Landesregierung auf,

- anlässlich des bundesweiten Gedenktages am 20. Juni von Flucht und Vertreibung auch in Rheinland-Pfalz eine verstärkte Gedenkarbeit zu den Erfahrungen

- und zu den Leistungen der Aussiedler anzustoßen;
- die Geschichte der deutschen Auswanderung nach Amerika sowie Ost- und Mitteleuropa in den Lehrplänen für das Fach Geschichte stärker zu verankern;
- im Sozialkundeunterricht die Bedeutung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch am Beispiel der bewegten Geschichte der deutschen Minderheiten in Ost- und Mitteleuropa zu verdeutlichen;
- die Bedürfnisse und Leistungen der Aussiedler in der Integrationspolitik des Landes stärker zu berücksichtigen.

Den Antrag können Sie unter <http://www.landtag.rlp.de/landtag/drucksachen/5148-17.pdf> einsehen.

## Landesregierung erfüllt Wahlversprechen der CDU NRW

### Positive Impulse für Vertriebene, Spätaussiedler und deutsche Minderheiten



Foto: OMV

Egon Primas

Zur Berufung des Landesvorsitzenden der OMV Nordrhein-Westfalen, Heiko Hendriks, zum Beauftragten der Landesregierung für die

Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern erklärt der Bundesvorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge, Egon Primas MdL:

Mit der Berufung von Heiko Hendriks zum ersten nordrhein-westfälischen Landesbeauftragten für deutsche Heimatvertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler setzt die CDU-geführte

Landesregierung in Nordrhein-Westfalen ein deutliches Zeichen der Solidarität für ihre Zielgruppen. Gleichzeitig erfüllt sie ein Wahlversprechen der CDU NRW, das insbesondere durch die Arbeit des dortigen OMV-Landesverbands ermöglicht wurde. Mit Heiko Hendriks übernimmt ein kompetenter, im Thema stehender Politiker dieses wichtige Amt.

Nordrhein-Westfalen folgt mit dieser Berufung dem Beispiel Hessens, wo solche Landesbeauftragte auf eine lange Tradition blicken können. Auch andere Länder haben unter CDU-Verantwortung immer wieder Landesbeauftragte eingesetzt. Es ist gut, wenn weitere Länder dies nun aufgreifen und die Chancen eines solchen Amtes erkennen.

Ebenso positiv zu bewerten sind Signale wie z.B. aus Rheinland-Pfalz, wo

die CDU-Landtagsfraktion zur Lage der Spätaussiedler einen Antrag in die parlamentarische Arbeit eingebracht hat und darin Verbesserungen fordert.

Insgesamt ist dies auch eine Bestätigung unserer konstruktiven Arbeit auf Bundesebene. Solche Impulse führen zu einer besseren Wahrnehmung und Unterstützung der verständigungspolitischen Aktivitäten, die von den deutschen Heimatvertriebenen, Spätaussiedlern und den deutschen Minderheiten in Ost- und Südosteuropa ausgehen. Dabei wird auch dem Beauftragten der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten wie bisher eine der Schlüsselrollen zukommen, wenn es gilt, die Anliegen dieser Gruppen in die bundespolitische Arbeit aufzunehmen.

## Begrüßung der Beauftragten für das Ehrenamt und für Vertriebene

### Sylvia Stierstorfer, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene



Foto: STWAS

v.l.: Gudrun Brendel-Fischer, Kerstin Schreyer, Sylvia Stierstorfer

Fischer, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für das Ehrenamt und Sylvia Stierstorfer, Beauftragte der Bayerischen Staatsregierung für Aussiedler und Vertriebene im Bayerischen Sozialministerium begrüßt.

„Mit den Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für das Ehrenamt und für Aussiedler und Vertriebene erhalten die Menschen in Bayern zwei Ansprechpartnerinnen, die sich gezielt um ihre Belange kümmern. Gudrun Brendel-Fischer

und Sylvia Stierstorfer werden diese Aufgaben übernehmen. Ich heiße sie herzlich im Bayerischen Sozialministerium willkommen und freue mich auf die Zusammenarbeit. Wir haben ein gemeinsames Ziel: Wir wollen die vielen Ehrenamtlichen in Bayern noch besser unterstützen und kümmern uns um die besonderen Anliegen der Vertriebenen und Aussiedler, die in Bayern eine neue Heimat gefunden haben“, so die Ministerin.

Die Beauftragten arbeiten ehrenamtlich und sind dem Bayerischen Sozialministerium zugeordnet.

Bayerns Sozialministerin Kerstin Schreyer hat heute Gudrun Brendel-

rinnen, die sich gezielt um ihre Belange kümmern. Gudrun Brendel-Fischer

## Toepffer: CDU-Fraktion gratuliert

### Editha Westmann wird Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler

Der Vorsitzende der CDU-Fraktion im niedersächsischen Landtag, Dirk Toepffer, gratuliert der CDU-Landtagsabgeordneten Editha Westmann (vormals Lorberg) zur beabsichtigten Ernennung zur Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler. „Mit Editha Westmann übernimmt eine erfahrene und kompetente CDU-Politikerin dieses für uns wichtige Amt“, betont Toepffer. „Frau

Westmann ist seit 2015 Vorsitzende des BdV Landesverbandes Niedersachsen e.V. Sie kennt die historische Verantwortung Niedersachsens gegenüber den Heimatvertriebenen und Spätaussiedlern, die in den vergangenen Jahren herausragende Beiträge zum Aufbau und zur Entwicklung unseres Landes geleistet haben.“ Die Aufgabe der Landesbeauftragten sei es, die Interessen der Heimatvertrie-

benen und Spätaussiedler zu vertreten und zur Verbesserung der Integration dieser Gruppe beizutragen. Toepffer: „Ich bin mir sicher, dass wir mit Editha Westmann die Richtige für diese wichtige Aufgabe gefunden haben. Sie wird sich mit ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit als wertvolle Ansprechpartnerin für Heimatvertriebene und Spätaussiedler erweisen.“



## OMV: Egon Primas MdL neuer Bundesvorsitzender Helmut Sauer (Salzgitter) zum Ehrenvorsitzenden gewählt



Foto: Laurence Chaperon

v.l.: Egon Primas, Angela Merkel, Helmut Sauer

Auf der Bundesdelegiertentagung der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) – Union der Vertriebenen und Flüchtlinge – am 24./25. November 2017 im Berliner Konrad-Adenauer-Haus wurde der thüringische Landtagsabgeordnete und stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende im Thüringer Landtag, Egon Primas, mit 96,4 Prozent der Delegiertenstimmen zum neuen Bundesvorsitzenden der in der CDU/CSU organisierten Vereinigung der Vertriebenen, Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler gewählt. Primas ist auch Landesvorsitzender des Bundes der Vertriebenen in Thüringen sowie Mitglied des Präsidiums des Bundes der Vertriebenen.

Er tritt damit die Nachfolge des ehemaligen langjährigen Bundestagsabgeordneten Helmut Sauer (Salzgitter)

an, der dem OMV-Bundesvorstand seit 1975 ununterbrochen angehört und seit 1989 das Amt des Bundesvorsitzenden bekleidete. Dieser hatte bereits im Vorfeld angekündigt, für eine weitere Amtszeit nicht zur Verfügung zu stehen. In Anerkennung seiner Verdienste verabschiedeten die Delegierten Sauer mit stehenden Ovationen und wählten ihn mit großer Mehrheit zum Ehrenvorsitzenden der OMV.

Zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden wurden gewählt: Rüdiger Goldmann (Nordrhein-Westfalen), Christa Matschl (Bayern), Gudrun Osterburg (Hessen), Heiko Schmelzle (Niedersachsen) und erstmals Christoph Zalder (Baden-Württemberg). Schatzmeisterin bleibt Iris Ripsam (Baden-Württemberg). Als Hauptgeschäftsführer wurde Dipl.-Vw. Klaus

Schuck (Nordrhein-Westfalen) wiedergewählt. Zu Beisitzern wurden gewählt: erstmals Philipp Amthor MdB (Mecklenburg-Vorpommern), Adolf Braun (Sachsen), Ulrich Caspar MdL (Hessen), Dr. Bernd Fabritius (Bayern), Paul Hansel (Bayern), Werner Jostmeier (Nordrhein-Westfalen), erstmals Helge Kahnert (Niedersachsen) und Fedor M. Mrozek (Schleswig-Holstein).

Der neue OMV-Bundesvorsitzende legte großen Wert auf die fortwährende Aktualität der von der OMV vertretenen Anliegen. So gelte es etwa, das CDU-Wahlversprechen einzulösen und die Rentenungerechtigkeit bei Spätaussiedlern zu beseitigen. Aber auch menschenrechtliche Themen, europa- und außenpolitische Themen wie die grenzüberschreitende Verständigung, die Vertriebenen-Kulturarbeit oder erinnerungspolitische Themen blieben zukünftig auf dem Programm.

Die Präsidentin des Bayerischen Landtages, Barbara Stamm (CSU), hielt eine sehr eindringliche Rede, in der sie auch auf die aktuellsten politischen Entwicklungen einging und großen Teilen der Gesellschaft eine tiefe Sehnsucht nach Verlässlichkeit und einem sicheren Wertefundament attestierte. Mit einem Zitat von Franz Josef Strauß erklärte sie, das Vertrauen der Menschen müsse von der Politik immer wieder neu erarbeitet werden.

<p>Die CDU/CSU-Fraktion im Internet <a href="http://www.cducsu.de">www.cducsu.de</a> Der Blog der CDU/CSU-Fraktion <a href="http://blogfraktion.de">blogfraktion.de</a> Fraktion direkt <a href="http://www.cducsu.de/fd">www.cducsu.de/fd</a></p>	 <a href="http://www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion">www.facebook.com/ cducsubundestagsfraktion</a>	 <a href="http://www.youtube.com/cducsu">www.youtube.com/cducsu</a>	 <a href="http://twitter.com/cducsu">twitter.com/ cducsu</a>
--	--	--	--